Angehörigen Info 62

G 10228 D
15. 3. 1991

Herausgegeben von den Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD

Zwangspsychiatrisierung zur Aussageerpressung

Nürnberg, 3. 3. 91

Die Straubinger Gefängnispsychiatrie, das berüchtigte Haus 3, war in letzter Zeit wegen der dort herrschenden menschenverachtenden Zustände häufig in den Schlagzeilen. Neu ist, daß mit den dort üblichen Methoden der Zwangsbehandlung Aussagen erpreßt werden sollen. Dies geschieht gegenwärtig mit Sven L., einem 25jährigen Nürnberger. Die „Prozeßgruppe Sven" schreibt dazu:

„Sven wurde am 19. 2. ... festgenommen, angeblich bei dem Versuch, einen Brandanschlag auf das Nürnberger Einwohnermeldeamt zu verüben. Bekanntlich sind die Meldeämter wichtige Datensammlungsstellen mit bis zu 200 Einträgen pro Person. Im Krisen- und Kriegsfall kommt ihnen eine zentrale Rolle in der zivilmilitärischen Zusammenarbeit zu, denn die dort erfaßten Menschen mit verschiedenen militärisch relevanten Ausbildungen werden dann in großem Umfang aufgrund der Sicherstellungsgesetze zu Arbeitsdiensten zwangsverpflichtet. Daneben befindet sich im Nürnberger Einwohnermeldeamt das Wehrerfassungsamt und die Ausländerbehörde.

Nach seiner Verhaftung kam Sven zunächst in die Nürnberger Untersuchungshaftanstalt in der Bärenschanzstraße. Dort fand zwei Tage später eine Solidaritätsaktion statt; ebenfalls aus Solidarität zu Sven wurde die Abschlußkundgebung der Anti-Golf-Kriegs-Demonstration ... vor der Nürnberger JVA abgehalten.

Nach über einer Woche Isolation nach außen wurde Svens Eltern der erste Besuch in der Nürnberger U-Haftanstalt ... genehmigt. Ohne seine Eltern oder seine Anwältin zu informieren, wurde Sven aber (am selben Tag) früh in die psychiatrische Abteilung der JVA Straubing verlegt, in das berüchtigte Haus III.

Sven ist dort in einer sog. Sicherheitszelle eingesperrt, die bis zur Decke hoch gefliest ist und in der sich nichts als eine Pritsche befindet. Die drei Bücher, die in Nürnberg zu ihm durchkamen, wurden ihm abgenommen, er hat schlichtweg gar nichts.

Als Begründung für die Zwangsverlegung in die Straubinger Knastpsychiatrie wurde angeführt, Sven zeige „abnormales Verhalten" ... Sven weigere sich prinzipiell, mit Polizisten, JVA-Bediensteten jedweder Couleur oder Richtern zu reden, und dies sei als Verhaltensstörung einzustufen.

Die Inanspruchnahme des grundlegenden Rechtes eines jeden Gefangenen, die Aussage zu verweigern ... dient den Behörden somit als Begründung für Svens Zwangspsychiatrisierung. Für uns ist dies der offenkundige Versuch, massiven Druck auf Sven auszuüben, um ihn zu Aussagen zu zwingen.

Seit Donnerstag abend haben sich die Angriffe auf Sven gravierend verschärft. Unter Anwendung von Gewalt werden ihm täglich Spritzen verpaßt, entgegen der Versicherung der Psychiatrieleitung, Sven befinde sich nur zur Beobachtung dort. Von den Psychiatriebediensteten wurde ihm angedroht: „Wir werden dich so lange spritzen, bis du redest." Sven soll also psychisch und physisch zermürbt werden, wenn er nicht mit den staatlichen Ermittlern und Knastbediensteten kooperiert, die sich nun auf ihn stürzen, da eine Reihe von Brandanschlägen in der Region unaufgeklärt blieb. Dies entspricht der UNO-Definition von Folter.

Die Zwangspsychiatrisierung von unangepaßten und selbstbewußten Gefangenen mit dem Ziel, sie „stillzulegen" und ihre Identität zu brechen, ist in der BRD nichts Neues. Besonders berüchtigt für solche Zwecke ist das Haus III in Straubing. In dieser „Hölle von Straubing" (SZ) kam es in letzter Zeit zu einer Fülle von ominösen Selbstmorden, der letzte wurde vor wenigen Tagen bekannt. Dort fanden Menschenversuche mit Neuroleptika im Auftrag der Pharmaindustrie statt, aus vielen Dokumenten von Gefangenen geht hervor, daß die Zwangsbehandlung mit Psychopharmaka nachhaltige körperliche und psychische Schädigungen hervorruft. Erst im letzten Jahr sah sich der bayerische Landtag gezwungen, mit einem Untersuchungsausschuß auf diese menschenverachtenden Folterpraktiken zu reagieren, was freilich ohne greifbare Konsequenzen blieb.

Neu für uns ist allerdings, daß jetzt die Zwangspsychiatrisierung für die Erpressung von Aussagen verwandt wird. Da dies nicht gängige Praxis werden darf und wir uns große Sorgen um Sven machen, halten wir es für dringend erforderlich, die Öffentlichkeit zu informieren und öffentlichen Druck gegen die Angriffe auf die körperliche Unversehrtheit von Sven und für die sofortige Schließung des Hauses III in der JVA Straubing zu erzeugen ..."

Prozeßgruppe Sven — Kontakt: Infobüro Komm, Königstraße, 8500 Nürnberg, Tel.: (09 11) 22 65 98.

Pressezensur-Verschärfung bei Thomas Thoene

Innerhalb der letzten paar Monate wurde die Pressezensur bei Thomas Thoene drastisch verschärft. So wurden ihm in der letzten Zeit im Knast Bielefeld über 40 Tageszeitungen nicht ausgehändigt. Nach seiner Verlegung nach Düsseldorf (wegen des bevorstehenden Prozesses) dauerte diese Isolierungsmaßnahme an: Allein vom 2. bis zum 23. Februar wurden ihm siebenmal die *Süddeutsche Zeitung*, zehnmal die *Welt*, zweimal die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und fünfmal die *Tageszeitung* verweigert. Bei diesen Zeitungen ist wohl kaum anzunehmen, daß hier die sonst stereotype Begründung der „Störung der Anstaltsordnung" herangezogen werden kann, einziges Kalkül ist also die möglichst vollständige Isolierung von Thomas. Über die Art, in der diese Maßnahme gegen ihn läuft, schreibt Thomas: „mal kurz zu hier, weils nicht mehr aufhört und schritte außerhalb der knast-/justizebene kommen müssen. ich liste mal auf, wann tageszeitungen fehlten, vermittelt sich tiefer. normalerweise kommen vier tageszeitungen um 11.30 uhr (mittwoch 12.30 Uhr). auf beschwerden meinerseits und des rechtsanwaltes hieß es ‚störungen im (verlags-)vertriebssystem'. die fingen seltsamerweise dann an, als sie mich mal beim auswerten von tageszeitungsartikeln (rausgeschnittene) sahen, ‚endeten' zwischenzeitlich, als zweite dienstaufsichtsbeschwerde verbunden mit gesprächsforderung (anstaltsleiter danz) für fast drei wochen, um nach ablehnung der dienstaufsichtsbeschwerde (durch anstaltsleiter) wieder einzusetzen. von daher unterstützt das vielmehr ihre lüge der ‚störungen im (verlags-)vertriebssystem'. in vier jahren ist nie so eine konzentration / massivität von verzögerten bzw. geklauten tageszeitungen vorgekommen. konkret sieht es so aus, daß sie an einem tag nur 1, 2 tageszeitungen aushändigen und am nächsten tag dann vier und zwei vom vortag. in letzter zeit händigen sie die fehlenden überhaupt nicht mehr aus ... neben den tageszeitungen fehlen des öfteren angehörigen-infos. ab und an werden sie von miebach (hausdienstleiter) zum olg geschickt zur zensur."

Knut Folkerts bei Besuch mit Tonband abgehört

Pressemitteilung vom 9. 3. 1991

Als Verteidigerin des Gefangenen aus der RAF, Knut Folkerts, teile ich folgendes mit:

Wie mir jetzt bekannt wurde, ist Ende Januar 1991 während eines einstündigen Privatbesuchs bei meinem Mandanten heimlich von einem Beamten des niedersächsischen Landeskriminalamts das Gespräch auf einen Tonträger aufgenommen worden. Das stellt rechtlich einen Verstoß gegen die Vorschrift des § 201 StGB dar, welche die Vertraulichkeit des Wortes grundsätzlich schützt ... Um die illegale Maßnahme durchführen zu können, ist das Aufnahmegerät von dem LKA-Beamten imm Stiefelschaft versteckt worden.

Die Kommunikation der drei politischen Gefangenen in der JVA Celle I unterliegt insgesamt Sonderregelungen. Jedes von den Gefangenen geschriebene oder empfangene Wort wird mitgelesen, Zensur gehört zum Alltag. Und das seit mehr als 15 Jahren. Privatbesuche müssen genehmigt werden und finden überwacht in einem Sonderbesuchsraum statt, wo auf kleinstem Raum das Gespräch zwischen dem Gefangenen und seinem Besucher von einem Beamten der Justizvollzugsanstalt und zwei Beamten des LKA's mitgehört wird. Seit über 15 Jahren derart überwachte Besuche (mit Ausnahme der Angehörigenbesuche seit dem Hungerstreik 1989), immer wieder Verbote von Gesprächsthemen, bis heute gibt es Besuchsverbote.

Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen die politischen Gefangenen überhaupt nur mit anderen kommunizieren können.

Das genaue Ausmaß des Vorfalls vom Januar ist noch gar nicht erkennbar. Zunächst ist bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen den LKA-Beamten sowie gegen weitere möglicherweise beteiligte Personen und Dienststellen erstattet worden.

Doch die Erfahrung der ganzen Jahre hat auch die Grenzen juristischer Mittel gezeigt. Seit 1974 sind immer wieder die zunächst ungesetzlichen Sondermaßnahmen gegen politische Gefangene durch adhoc-Gesetze und Richterrecht legalisiert worden und somit juristischen

Gegenmaßnahmen entzogen. Darüber hinaus sind, wie der Vorfall erneut zeigt, Strukturen vorhanden, die illegale und extralegale Methoden, politisch gedeckt, ermöglichen.

Das Justizministerium ist aufgefordert, aus dem Vorfall sofort Konsequenzen zu ziehen. Das bedeutet zumindest, die Besuchsüberwachung durch das LKA aufzuheben und die Besuche im normalen Besuchsraum durchführen zu lassen.

Bis hin zum „Celler Loch" sind immer wieder Vorfälle öffentlich geworden, wo mit extralegalen und illegalen Methoden gearbeitet wurde:

— Während des kollektiven Hungerstreiks 1989 gab es einen Abhörversuch, der, nachdem er öffentlich wurde, vom damaligen Remmers-Ministerium bestätigt werden mußte: Einem kurz vor der Entlassung stehenden Gefangenen wurde vom Sicherheitsdienstleiter Engelhard eine Geldsumme für den Fall in Aussicht gestellt, wenn er bereit sei, die drei Gefangenen aus der RAF während der Freistunde auszuhorchen und dies über ein mitgeführtes Abhörmikrofon aufzunehmen;

— zu dieser Zeit und zu diesem Zweck hatte sich noch ein anderer Gefangener dem Sicherheitsdienstleiter Engelhard zur Verfügung gestellt. Dieser ging darauf ein und verlegte, da der vorherige Fall aufgedeckt worden war, den Gefangenen in die JVA Hannover, zu dem Zweck, ihn zu befragen über das, was er von den RAF-Gefangenen angeblich gehört hat;

— ebenfalls während dieses Hungerstreiks wurden Knut Folkerts, Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo heimlich während des Hofgangs fotografiert. Die Zeitschrift „Bunte", Nr. 16, 1989, veröffentlichte diese Fotos. Untersuchungen zu diesem Vorfall blieben ergebnislos.

Das ist der ‚normalisierte Ausnahmezustand' für die politischen Gefangenen in der JVA Celle I. Und das gilt für alle Gefangenen aus der RAF und aus dem Widerstand. Die meisten von ihnen sind noch immer in Einzelisolation — z.T. seit 14, 15 Jahren.

Die Forderung nach Zusammenlegung aller politischen Gefangenen in große Gruppen und nach Bedingungen für eine politische Diskussion untereinander und mit Menschen draußen ist noch immer nicht erfüllt.
(Trobitzsch, Rechtsanwältin)

BKA-Razzien wegen der Aktion der RAF

Am Freitag, den 15.2., durchsuchte das BKA auf Anweisung des Generalbundesanwaltes (GBA) drei Wohnungen in Köln und eine in Aachen. Dabei wurden sieben Leute, fünf Männer und zwei Frauen, vorübergehend festgenommen und auf Schmauchspuren untersucht. Als Vorwand für den BKA-Überfall diente die Aktion der RAF gegen die US-Botschaft in Bonn am 13.2. Das BKA gab vor, die Wohnungen von vier Tatverdächtigen zu durchsuchen.

Was gelaufen ist:

Kurz nach 9 wurde der erste von uns vor seiner Wohnung von BKAlern festgenommen, in ein Auto gezerrt und zur nächsten B.-Wache gefahren. Kurz vor 10 stürmte das SEK dann drei Kölner Wohnungen, behelmt, vermummt, mit kugelsicheren Westen und gezogenen Pistolen. Dabei traten die B. die Türen ein, richteten ihre Waffen auf die Bewohner/inn/en und fesselten die Männer mit Plastikriemen. In einer Wohnung gingen sie besonders übel vor. Dort warfen sie zwei Leute zu Boden, zogen ihnen Kapuzen über und trampelten auf ihnen rum. Ähnlich erging es einem Nachbarn, dessen Wohnung (versehentlich?) ebenfalls vom SEK gestürmt wurde. Dem SEK folgten BKA-B. aus Wiesbaden und Meckenheim, der politischen Abteilung der Kölner Kripo und normale grüne B. und eventuell Vertreter des GBA aus Karlsruhe. Wir wurden zum Teil zweimal nackt ausgezogen und durchsucht.

Die BKAler sagten, daß die Razzia auf mündliche Anweisung des GBA läuft, und es ginge um den Verdacht der Tatbeteiligung an der Aktion der RAF. Vier von uns wurden als Tatverdächtige bezeichnet. Von einem von uns behaupteten sie, er wäre ca. zwei Stunden nach der Aktion „mit einem länglichen Gegenstand in ein Objekt" gegangen, was schlicht Unsinn ist.

Bei den Durchsuchungen „durften" wir teilweise dabei sein, in einer Wohnung mußte einer alleine mit den B. bleiben.

Einer, den das BKA auf der Straße abgegriffen hatte, wurde zur Durchsuchung in seine Wohnung gebracht. Hier wurde er von SEKlern gegen die Wand geworfen, wegen „Aufsässigkeit" von der Durchsuchung ausgeschlossen und in den Waidmarkt verfrachtet.

Die Durchsuchungen liefen sehr unterschiedlich ab, zum Teil sehr genau, zum Teil oberflächlich. Beschlagnahmt wurden einige Jacken, Lederhandschuhe, Mützen, eine Hose, ein belichteter Film und Dias, eine Agitare Bene, ein Kalender, ein Typenrad und Farbband und Schriftproben von mehreren Schreibmaschinen. Interessiert haben sich die B. auch für Stadtpläne, Landkarten und Fahrpläne. Teilweise haben sie sich auch auf Flugblätter und Broschüren gestürzt.

Bei einem von uns, der noch in Aachen gemeldet ist, haben sie dann im Laufe des Tages seine Aachener Wohnung durchsucht und die Nachbarn ausgequetscht. Dort durchsuchten sie ohne Zeugen und hinterließen keine Beschlagnahmungsliste, obwohl sie sagen, daß sie dort „Beweismittel" mitgenommen haben. Geklaut haben die B. noch unser Tränengas.

Auf dem Präsidium wurden wir zwangsweise auf Schmauchspuren an den Händen und im Gesicht untersucht. Wer sich dagegen wehrte, wurde mit Würgen, Arme-Verdrehen usw., wie immer, traktiert. Bei vieren von uns zogen die B. eine ED-Behandlung durch. Nach ein paar Stunden kamen wir wieder raus, nachdem von einem von uns noch der Wagen durchsucht wurde.

Unsere Einschätzung

Die B. sind bei dieser Razzia wohl nicht davon ausgegangen, tatsächlich Hinweise auf eine Tatbeteiligung von uns an der Aktion der RAF zu finden. Die Staatsschutzbehörden wissen genau, daß die RAF in der Illegalität lebt und kämpft. Aber sie behaupten z.B. in der „Welt" vom 15.2. dennoch, die Aktion in Bonn wäre eventuell von Menschen aus dem sogenannten „Umfeld" gemacht worden, am gleichen Tag fallen sie dann über uns her. Wir sehen das als weitere Vorbereitung dafür, Leute aus dem Widerstand mit solchen Konstruktionen zu kriminalisieren und in den Knast zu stecken. Mit ihrem Konstrukt, vier von uns sieben seien „Tatverdächtige", drohen die B. mit zig Jahren Knast.

So kann der Staatsschutz Aktivität demonstrieren. Da sie keine/n aus der RAF kriegen, halten sie sich an Leute aus dem Widerstand, die greifbar sind, deren Namen und Adressen sie haben. Das war bereits nach anderen Aktionen der RAF so, daß sie Terror gegen Menschen aus Städten in der Nähe der Anschläge gemacht haben, wie auch gegen die politischen Gefangenen.

Politisch zielt das darauf, zu verhindern, daß sich Leute an den Aktionen mit der RAF und ihrer Politik auseinandersetzen, davor wollen sie abschrecken. Zum anderen soll es direkt uns und unseren Widerstand treffen!

Unseren Kampf gegen den Golfkrieg, den Kampf für ein neues autonomes Zentrum, unseren Widerstand gegen Rassismus und Abschiebung der Roma, die Solidarität mit den kämpfenden und politischen Gefangenen ... Sie wollen uns und alle, die sich wehren, mit ihrem Terror einschüchtern, spalten, isolieren und kriminalisieren.

Gerade jetzt hätten sie gerne, daß sich kein Widerstand regt, daß wir nicht eingreifen, um ihren Völkermord für Macht und Profit zu stoppen. Gefreut haben wir uns deshalb darüber, daß das Kölner Anti-Kriegsplenum sich direkt mit uns solidarisiert hat, und über diejenigen, die direkt zu unseren Wohnungen und zum Waidmarkt kamen.

Gegen Spaltung, für eine starke Bewegung gegen den Golfkrieg und die „neue Weltordnung" der Reichen!!

Frontalangriff gegen Infoläden?

Unter der Überschrift „Autonome trommeln über ihre Infoläden zur Gewalt" wurde in der „Welt" vom 29.12.90 ein Artikel auf der Titelseite veröffentlicht, der offenbart, daß die „Autonomen Infoläden" nächstes Ziel der Staatsschutzaggression werden.

Mit den Informationen des Artikels hat das Kölner Bundesamt des Verfassungsschutzes (VS) seinen Erkenntnisstand direkt an die „Welt" weitergeleitet und veröffentlicht.

Dieser Artikel steht in unmittelbarem internationalen Zusammenhang. Kurz vor dem Artikel in der „Welt" erschien in einer großen holländischen Zeitung zu den Infoläden ein noch härterer Artikel mit der Überschrift „Niederländer führend in EURO-Terror-Front — Zusammenarbeit mit der IRA und RAF". Ein ähnlicher Artikel erschien in einer englischen Zeitung. Diese Artikel machen wieder einmal deutlich, was wir in bezug auf die verstärkte „sicherheitspolitische" Zusammenarbeit in Europa zu erwarten haben.

Aus dem Gesamttenor des „Welt"-Artikels ist ersichtlich, daß durch den VS eine Kriminalisierung der Infoläden vorbereitet wird und in absehbarer Zeit in altgewohnter Weise über die § 129a-Schiene ablaufen wird.

Wieder einmal wird mit pauschalen unbelegten Behauptungen von der „Unterstützung terroristischer Vereinigungen" gearbeitet. Den Infoläden wird vorgeworfen, „ihre Räumlichkeiten werden nicht nur von autonomen Gruppen, sondern nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes teilweise auch von ‚Personen des terroristischen Umfeldes zu Gruppenzusammenkünften' genutzt".

Zu welchen Konsequenzen diese Vorwürfe führen, konnten wir zuletzt bei dem Staatsschutzterror gegen die Hafenstraße erleben.

Die zweite Schiene ist der Vorwurf der direkten Organisierung von Gewalt, die den Infoläden an anderer Stelle des Artikels angedichtet wird. Den Infoläden wird als „Meldekopf" eine zentrale Stellung bei

der Vorbereitung, Mobilisierung und Kooordination „für Demonstrationen und Anlässe, die in Gewalt ausarten", zugeschrieben.

„Bei den gewalttätigen Demonstrationen auf der Mainzer Straße im vergangenen Oktober in Berlin war ein bedeutender Teil der Festgenommenen ‚über die Infoläden zusammengetrommelte Autonome'."

Weiterhin werden die Infoläden mit Sprengstoffanschlägen in Verbindung gebracht, um die Bespitzelung der Infoläden zu legitimieren. „Darüber hinaus muß der Verfassungsschutz ‚im Einzelfall verdeckt ermitteln', da etwa Absprachen über Brand- oder Sprengstoffanschläge nur im ‚kleinsten Kreis von drei bis vier Personen getroffen' werden."

Obwohl die Beschreibung der Infoläden sehr umfangreich ist, zeigt sich der „Welt"-Artikel in seiner gesamten Plattheit bei der Verdrehung von Ursache und Wirkung. „Bei größeren Anlässen mobilisieren die Autonomen inzwischen international, weswegen auch die Sicherheitsbehörden hier auf internationaler Ebene zusammenarbeiten müssen."

Daß die Sicherheitsbehörden auf internationaler Ebene zusammenarbeiten, haben sie schon bei den internationalen Infoladentreffen mehrfach bewiesen. In Wien wurde im vergangenen Jahr ein Bus mit TeilnehmerInnen dieses Treffens von österreichischen Sicherheitskräften bei der Abreise bis zur Grenze verfolgt und quasi an den deutschen Zoll übergeben. Die InsassInnen mußten daraufhin schikanöse Durchsuchungen und Personenkontrollen über sich ergehen lassen.

In Holland wurden die TeilnehmerInnen des letzten internationalen Infoladentreffen von deutschen und holländischen Zivi-B. observiert, wobei sogar Autos von den BRD-TeilnehmerInnen aufgebrochen worden sind und vor dem Infoladen in Amsterdam ständig B.-Streifen zur Observation stationiert waren.

Unmittelbar vor dem Infoladentreffen flog ein Spitzel des niederländischen Staatsschutzes auf, der nicht nur den holländischen Behörden zugearbeitet hat, sondern der es auch in der BRD versucht und geschafft hat, Informationen und Einblick in die Strukturen von Gruppen, die insbesondere zu Fragen der Kriminalisierung und der Solidaritätsarbeit mit den politischen Gefangenen arbeiten, zu erhalten. Dieser Mensch hatte es über längere Zeit geschafft, den Infoladen für seine Zwecke zu nutzen.

Warum die Infoläden?

Die meisten autonomen Infoläden sind seit Mitte der achtziger Jahre u. a. als Konsequenz der permanenten Kriminalisierung von Zeitschriften des autonomen Widerstandes (radikal, Atom etc.) oder Entwicklung örtlicher Kommunikationsstrukturen im gesamten Bundesgebiet entstanden.

In der BRD gibt es ca. 50 Infoläden, außerdem gibt es noch einige in Österreich, in der Schweiz, in den Niederlanden, Belgien, Dänemark, Schweden und Norwegen. Sie erfüllen vor Ort oftmals die Aufgabe von Koordinations- und Anlaufstellen für die verschiedensten Zwecke.

In der Regel werden die Infoläden auch politischen Gruppen als Treffpunkt zur Verfügung gestellt. Die Infoläden besitzen meistens ein umfangreiches Potential an verschiedensten linken Publikationen, die dort eingesehen oder gekauft werden können. In vielen Infoläden wird zudem Archivarbeit geleistet.

Die Infoläden sind mehr oder minder, auch international, miteinander verbunden und haben dabei eine beachtliche Leistungsfähigkeit entwickelt. Es ist über die Infoläden z. B. möglich, innerhalb kürzester Zeit an Informationen über die aktuelle Lage in einer Stadt oder zu gezielten politischen Fragen Material zu erhalten.

Die Leistungsfähigkeit dieser Struktur hat natürlich zu einem weiterentwickeltem Grad an Mobilisierung geführt, da die meisten Infoläden auch indirekt viele Menschen aus verschiedenen Gruppen und Organisationen erreichen.

In den meisten Städten sind die Infoläden elementarer Bestandteil des örtlichen Widerstandes geworden und dort nicht mehr wegzudenken.

Insofern ist die Absicht des Verfassungsschutzes klar darauf ausgerichtet, sowohl die Strukturen der Infoläden vor Ort als auch die der Zusammenarbeit anzugreifen.

Die Kontinuität der Infoläden (in den letzten Jahren sind kaum Infoläden aufgelöst worden, sondern es sind immer mehr geworden), ihre Schlüsselrolle vor Ort, die flexible Handlungsfähigkeit mit hohem Mobilisierungseffekt sind das Angriffsziel des VS.

Der Artikel in der „Welt" läßt also aufhorchen, zumal ja bekannt ist, daß der Staatsschutz nur allzu gern „gewisse" Meldungen über die „Welt" lanciert, so daß weder an der Authentizität des Artikels noch an den entsprechenden Folgen gezweifelt werden muß.

Bislang wurde zwar auch immer versucht, gegen Infoläden vorzugehen, jedoch wurde dabei vom VS noch keine Gesamtstrategie entwikkelt, sondern immer nur einzelne Leute wie z. B. in Hamburg für bestimmte Sachen (Stromboykottbroschüre) herausgegriffen und verantwortlich gemacht.

Nach dem uns bekannten Schema wird in absehbarer Zeit eine VS-Kampagne nach dem Motto: „Infoläden: Brutstätten des Terrorismus" und entsprechende bundesweite Durchsuchungen der Infoläden folgen, die eine Flut von § 129a-Prozessen — wie vielleicht zuletzt bei den radikal-Prozessen — nach sich ziehen könnte. Es kann sich wieder einmal eine neue Dimension der Kriminalisierung eröffnen, wenn die Infoläden einzeln oder gesamt zu einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung erklärt würden, zumindest würde so der permanente Zugriff für den Justiz- und Polizeiapparat auf die Infoläden geöffnet.

aus: Land unter, Zeitung aus Schleswig-Holstein, Nr. 2, März 1991.

Redebeitrag während der Hafenveranstaltung (Jan. '91) vom Infoladen Schwarzmarkt und vom Infobüro für politische Gefangene

Wir haben uns spontan mit wenigen Leuten zusammengesetzt, um gemeinsam was aufzuschreiben, weil wir es wichtig finden, hier auf der Hafenveranstaltung was zu sagen!

Wichtig zum einen aus der Verbindung und Nähe heraus, die aus der gemeinsamen Geschichte im Kampf um die Hafenstraße auch mit den Leuten dort entstanden ist.

Zum anderen, weil wir meinen, daß sich der Angriff auf den Hafen gegen den gesamten linken Widerstand richtet. Um unsere Verbindung zum Hafen deutlich zu machen, wollen wir jetzt erst mal kurz erzählen, wer wir sind und was wir machen.

Den Buchladen Schwarzmarkt gibt es jetzt seit 14 Jahren, aus diesem heraus ist vor ca. drei Jahren der Infoladen entstanden. Das Büro zu politischen Gefangenen wurde Anfang des Hungerstreiks '89 gegründet. In diesen Gruppen sitzen Leute aus unterschiedlichen Zusammenhängen mit unterschiedlichen Geschichten. Der Schwarzmarkt wurde von Anfang an hauptsächlich von der linken Szene als Informations- und Kommunikationsort genutzt, und das ist bis heute so. Konkret sieht das so aus, daß es Bücher und Broschüren zu den verschiedenen sozialen Kämpfen gibt, wie auch z. B. Infos zu den nationalen Befreiungskämpfen im Trikont. Grade auch die Diskussionen autonomer und antiimperialistischer Gruppen und ihrer meist kriminalisierten Zeitungen sind vielen Menschen oft nur über unsere Info-/Buchläden zugänglich. Der Laden wird genutzt, um Termine von Veranstaltungen, Demos, Aktionen, Vorbereitungstreffen usw. auszutauschen und bekanntzugeben. Bei Mobilisierungen von uns bzw. Angriffen der B. wird hier zusammengetragen und informiert, was so läuft, um Grundlagen für Aktivitäten und Diskussionen zu schaffen. Um den Austausch und die Diskussion sowohl unter den Gruppen in der Stadt als auch BRD-weit und international besser zu organisieren und aus dem Bedürfnis nach eigenen Informationsstrukturen sind mittlerweile allein in der BRD über 50 Infoläden entstanden.

Außer der Bedeutung, die der Laden für uns hat, ist er ebenso wie andere Zentren oft erster Berührungspunkt für andere Menschen, und genau diese offene Struktur ist uns auch wichtig.

Das Info-Büro für Gefangene, das im Hungerstreik '89 gegründet wurde, gibt es immer noch. Seit mehr als eineinhalb Jahren sind wir mit im Schwarzmarkt.

Wir machen teilweise ähnliche Arbeit wie der Infoladen, nur eben speziell dazu, was Informationen und Kommunikation zwischen politischen Gefangenen und anderen kämpfenden Gefangenen und draußen angeht. Uns ist es wichtig, an diesem Versuch dranzubleiben, also über Haftbedingungen, Prozesse, Aktionen, Kämpfe drinnen und draußen zu informieren, dies mit anderen Gruppen auszutauschen und gemeinsam mit den Gefangenen und Menschen draußen an Initiativen und Aktionen für die Durchsetzung der Zusammenlegung, die Freilassung der Haftunfähigen und für weitere Forderungen von kämpfenden Gefangenen zu arbeiten.

Auch wenn das alles bisher in sehr beschränktem Rahmen stattfindet und wenig in eine breite Öffentlichkeit hineinwirkt. Wir arbeiten nicht im Geheimen, wie das der „Welt"-Artikel vom 29. 12. 90 mit der Headline „Autonome trommeln über ihre Infoläden zur Gewalt" nahelegt.

Unsere Adresse ist bekannt — auch wenn das bisher noch viel mehr als beim Schwarzmarkt über eine begrenzte Szene nicht hinausgeht.

Mit der Hetze gegen die Infoläden wie beispielsweise in dem genannten „Welt„-Artikel sind auch wir gemeint, unsere Arbeit soll in das Licht einer quasi konspirativen Tätigkeit gerückt und entsprechend mit Kriminalisierung bedroht werden. In bester Staatsschutztradition wird die Arbeit zur Situation der politischen Gefangenen zum „terroristischen Umfeld" erklärt.

Aber wir lassen uns davon nicht einschüchtern, wir machen weiter, und zwar mit allen Gruppen und Menschen, denen die Durchsetzung der Zusammenlegung der politischen Gefangenen und aller Gefangenen, die dafür kämpfen, wichtig ist.

Vieles, was wir jetzt vom Schwarzmarkt erzählt haben, läuft so oder ähnlich auch im Hafen ab. Der Hafen ist ebenso wie z. B. die Rote Flora unverzichtbarer Bestandteil unserer Diskussions- und Widerstandsstrukturen geworden. Die Erfahrungen und Prozesse aus der Geschichte des Kampfes um die Hafenstraße sind für unsere Häuserkämpfe weit über Hamburg hinaus von Bedeutung. Sowas wie die Silvestertage, die einen Teil unserer Widerstandsstrukturen ausmachen, wäre ohne den Raum Hafenstraße kaum möglich geworden. Und auch für jede einzelne von uns, egal mit welcher Geschichte, ist der Kampf um die Hafenstraße ein zentraler Punkt in der eigenen Politisierung. Doch uns verbindet nicht nur der Kampf um den Hafen, sondern auch die gemeinsamen Erlebnisse, sei es, die Filme auf der Treppe schauen, Veranstaltungen, Feten, genauso wie das nette Gefühl, nach 'ner Demo an den Häusern anzukommen. Für uns sind das unsere Zentren, Häuser und Infoläden; Eckpfeiler unserer sonst oft recht diffusen Struktur. Grade in der aktuellen Situation: ein sich weltweit veränderndes Kräfteverhältnis, die Wiedervereinigung, der Golfkrieg, brauchen wir unsere Zentren als Raum für gemeinsame Diskussion und Neubestimmung, gegen Vereinzelung. Daß die Angriffe gegen unsere Zentren von langer Hand geplant sind, zeigt u. a. ein Beschluß von T. R. E. V. I., daß es im vereinten Europa '92 keine besetzten Häuser mehr geben soll. Daß dieser Beschluß seit einiger Zeit forciert umgesetzt wird, zeigt sich in verschiedenen Ländern. So gab es z. B. in Kopenhagen noch vor einem Jahr fünf besetzte Häuser, die inzwischen alle geräumt sind. Auch die Situation in Berlin: Verträge oder Räumung haben wir alle zu spüren bekommen. In diesem Rahmen sehen wir den Angriff gegen den Hafen wie auch die ständigen Angriffe gegen die Infoläden.

Seit Jahren werden immer wieder Leute aus den Läden nach § 129a kriminalisiert. Aufhänger hierfür sind zumeist kriminalisierte Zeitungen, Diskussionspapiere und Erklärungen autonomer und antiimperialistischer Gruppen. Dadurch wurden schon Leute aus Buchläden verurteilt, Zeitungen zerschlagen oder zumindest unter den Ladentisch gezwungen.

Damit haben die B. unsere Arbeit erschwert, oft blockiert, aber nicht verhindern können. Das beweist auch grade die ständig steigende Zahl der Infoläden.

Gemeinsam versuchen wir mit den Bedingungen, die sich aus der Kriminalisierung ergeben, umzugehen, uns weniger angreifbar zu machen, aber ohne Zensur, wir wollen und werden auch in Zukunft alles verbreiten, was uns wichtig ist.

Ein Beispiel dafür ist die Medienzensur zum Golfkrieg, die ganz offen stattfindet. Hierzu ist es unser Ansatz, die HERRschende Medienpolitik zu durchbrechen, indem wir uns um authentische Infos und deren Verbreitung kümmern.

Daß die Infoläden jetzt auch direkt angegriffen werden sollen, deutet sich für uns im schon erwähnten „Welt"-Artikel vom 29. 12. 90 an, in dem die Infoläden u. a. für die Mobilisierung zur Mainzerstraße verantwortlich gemacht werden, was sich dann so anhört: „Autonome trommeln über ihre Infoläden zur Gewalt" oder so: „Ihre Räumlichkeiten werden nicht nur von autonomen Gruppen, sondern nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes teilweise auch von ‚Personen des terroristischen Umfeldes zu Gruppenzusammenkünften' genutzt."

Wir finden den Zusammenhang der Angriffe gegen die Häuser und gegen die Läden nicht zufällig. Die HERRschenden wollen in unsere Strukturen reinschlagen, um in Ruhe ihre Schweineprojekte durchziehen zu können, von der Wiedervereinigung bis zur Beteiligung am Golfkrieg.

Um diese Ruhe zu haben, wollen sie uns an unseren grundlegenden Kommunikations- und Diskussionsstrukturen treffen, und genau um die werden wir kämpfen, bis sie sich die Zähne ausgebissen haben.

Der Hafen hat für uns eine existentielle Bedeutung, für die Menschen, die dort leben, ist er Wohnraum und gleichzeitig der Versuch, einen Teil unserer Ideen, so widersprüchlich das auch oft ist, praktisch zu leben, aber auch für uns existentiell, weil er Teil der Struktur ist, die wir hier brauchen.

Wenn sie den Hafen räumen, der für uns auch ein Symbol für Kämpfe ist, in denen wir uns durchgesetzt haben, werden die Schergen auch an anderen Punkten politisch keine Grenze mehr sehen, damit meinen wir z. B. die jetzt seit über einem Jahr besetzte Rote Flora, aber auch alle anderen Projekte, in denen Platz und Raum für unsere Lebensvorstellung ist.

Wir wollen den Hafen auch diesmal durchsetzen. Wenn wir schon genau wüßten, wie, würde es uns bestimmt wenigstens an dem Punkt 'ne ganze Ecke besser gehen. Aber was klar ist, daß wir über alle internen Unterschiede und Schwierigkeiten hinweg gemeinsam einen Weg finden wollen, uns unsere Räume nicht mehr nehmen zu lassen.

Hafen bleibt!!!

Als Linke der US-Intervention entgegentreten!

An unserem Info Nr. 59 „Stellungnahmen zum Golfkrieg", u. a. wegen des Abdrucks der Stellungnahme des „Antifaschistischen Widerstands Irak" (den wir veröffentlicht haben, ohne zu wissen, wer das ist und was dahintersteht), haben sich heftige Diskussionen entwickelt. In diesem Info drückte sich z. T. unser eigenes unklares Verhältnis zum Golfkrieg aus. Wir finden es deswegen noch mal wichtig, folgendes Interview mit einem Palästinenser, veröffentlicht in „Dritte Welt Nr. 1/91", abzudrucken, in dem die Situation innerhalb der arabischen Bevölkerung klarer wird.

Mit der Kuwaitkrise setzte in der arabischen Welt eine seit Nasser nicht mehr dagewesene Mobilisierung der Massen ein, die mit Saddam Husseins Herausforderung des Westens sympathisieren. Den tieferen Beweggründen dieser auch unter Linken umstrittenen Haltung ging der israelische Publizist Shraga Elam in einem Gespräch mit Azmy Bishara (33), Dozent für Philosophie an der palästinensischen Bir-Zeit-Universität, nach.

Welche Bedeutung hat die Explosion am Golf, die sog. Golfkrise, für die arabische Welt?

Man sollte wirklich nicht von einer Krise, sondern von einer Explosion reden, von einer Explosion, die die vielen verschiedenen Widersprüche in dieser Region aufgedeckt hat. Saddam Hussein hat unbeabsichtigt die schlafenden Widersprüche wachgerüttelt.

Nun gibt es Phänomene, die keine tiefe Analyse benötigen. Es hatte sich in der arabischen Welt unglaubliche Verbitterung gegen die Ölregimes am Golf aufgestaut, eine Bitterkeit, die die arabischen Intellektuellen — darunter auch die Linken — nicht ernstgenommen hatten. Sie wußten alle, daß in jedem arabischen Haus mindestens zweimal in der Woche Witze über die Ölscheichs gerissen werden. Aber sie begriffen nicht die politischen Implikationen dieses Spotts.

Fast alle Intellektuellen sind auf die eine oder andere Weise mit den Petrodollars gekauft worden. Sie spielten bisher eine wichtige Rolle in der Reproduktion dieser Systeme: Alle hatten irgendeine, von Petrodollars finanzierte Stelle, z. B. in einem Forschungsinstitut oder in einer Zeitung. So konnten sie sich gar nicht vorstellen, daß es den Massen anders erging, und der Gedanke lag nahe, daß im Grunde nur ein Verrückter diese Ölregimes verfluchen könnte.

Faktisch schmierten die Petrodollars indessen nur eine kleine Schicht. Die breite Mehrheit der Bevölkerung profitierte von ihnen überhaupt nicht, im Gegenteil, sie verarmte weiter. Ja, sie sah in der Öffnung zum Westen und der Rolle des Ölbürgertums den wesentlichen Grund für die fortschreitende Verelendung. Jede Veröffentlichung über arabische Gelder, die zurück in den Westen fließen — sei es als Investitionen, sei es eine Geldverschwendung von einem Scheich —, wurde mit Schmerzen und Wut registriert und als Erniedrigung empfunden.

Keiner identifiziert sich mit den Scheichs, sie erwecken im Gegenteil eher Schamgefühle. Denn trotz ihrer wichtigen Rolle für den Westen ernten sie dort nur Mißachtung. Die Scheichs sind also das klassische Beispiel von Parasiten, deren einzige Leistung darin besteht, in der Nähe einer Ölquelle geboren zu sein, aufgrund welcher Tatsache sie andere Leute für sich arbeiten lassen können, während sie selber in ehrenloser Weise das Geld verschwenden.

Nicht einmal die ungeheuren Waffeneinkäufe Saudi-Arabiens trugen zu nationalem Stolz bei. Denn es war klar, daß die Waffen nicht für die eigenen Zwecke verwendet werden sollten. Das wurde z. B. mit dem Kauf des US-amerikanischen Frühwarnsystems AWACS eindeutig demonstriert. Als die Israelis 1981 den irakischen Atomreaktor angriffen, gaben die Saudis keine Warnung an Bagdad, obschon sie doch dank AWACS frühzeitig über den Angriff informiert gewesen sein sollten.

Die Ausbeutung in den Golfstaaten wurde immer größer, und daher sollte es niemanden überraschen, daß sich in Jordanien bei den Pro-Saddam-Demonstrationen sehr viele ehemalige Migranten, die in den Golf-

staaten geschuftet haben, beteiligten. Das war ein direkter Klassenprotest.

Aber in Ägypten demonstrierten die gleichen Menschen gegen Saddam Hussein ...
Ja, das stimmt. Aber man darf nicht vergessen, daß der Irak auch ein Golfstaat ist; sehr viele Ägypter hatten dort gearbeitet. Für sie gibt es keinen großen Unterschied zwischen dem Irak und Kuwait. Trotzdem ist auch in Ägypten in der Hinsicht das letzte Wort noch nicht gesprochen. Denn dort wird die öffnung zum Westen noch direkter als Ursache der Verarmung empfunden.

Der frühere ägyptische Präsident Gamal Abd-el-Nasser hat mit seiner panarabischen Ideologie und seiner antiimperialistischen Praxis letzten Endes zwar einen verzerrten Staatskapitalismus bewirkt, der keine soziale Gerechtigkeit brachte, dafür aber Zentren einer korrumpierten Bürokratie im Bündnis mit den „Sicherheitskräften" entstehen ließ. Dank staatlicher Kontrolle über die wichtigsten Produktionsmittel und den Außenhandel ermöglichte er immerhin gewisse soziale und wirtschaftliche Leistungen, etwa die Subventionierung des Brotpreises oder Investitionen in die Entwicklung der Infrastruktur. Nasser kreierte zudem eine zündende und vereinigende Ideologie. Seinen Nachfolgern gelang weder das eine noch das andere.

Es sind aber nicht nur die armen Leute, die gegen die Golfregimes demonstrieren, auch bürgerliche Kreise gehen auf die Straße. Warum?
Nicht nur die Massen haben offene Rechnungen mit dem Bürgertum der Golfstaaten, sondern auch die Bourgeoisie der arabischen urbanen Zentren. Die Rivalität zwischen diesen zwei Hauptströmungen des Bürgertums im arabischen Raum ist alt. Schon nach dem 1. Weltkrieg wurden als Folge der britischen Politik diese Zentren ärmer und ärmer, die Staaten der arabischen Wüste dagegen reicher und reicher.

Dieser ökonomischen Differenzierung entsprachen unterschiedliche soziale und kulturelle Entwicklungen. In den Golfstaaten wurden die alten Stammes- bzw. Clanstrukturen praktisch konserviert. Der Clan beschäftigt sich nicht mehr mit Herden von Kamelen und Schafen, sondern mit Herden von Autos und Firmen. Dieses „Bürgertum" verdankt seine Existenz dem Imperialismus, und bis heute ist es nicht einfach dessen Agent in der Region, sondern ein Bestandteil des weltweiten imperialistischen Systems. Das entspricht auch dem Selbstverständnis der Herrschenden in den Golfstaaten: Sie sind der Überzeugung, daß sich ihre Interessen mit denen des Imperialismus decken — das ist genau die gleiche Haltung, die auch die Herrschenden Israels an den Tag legen.

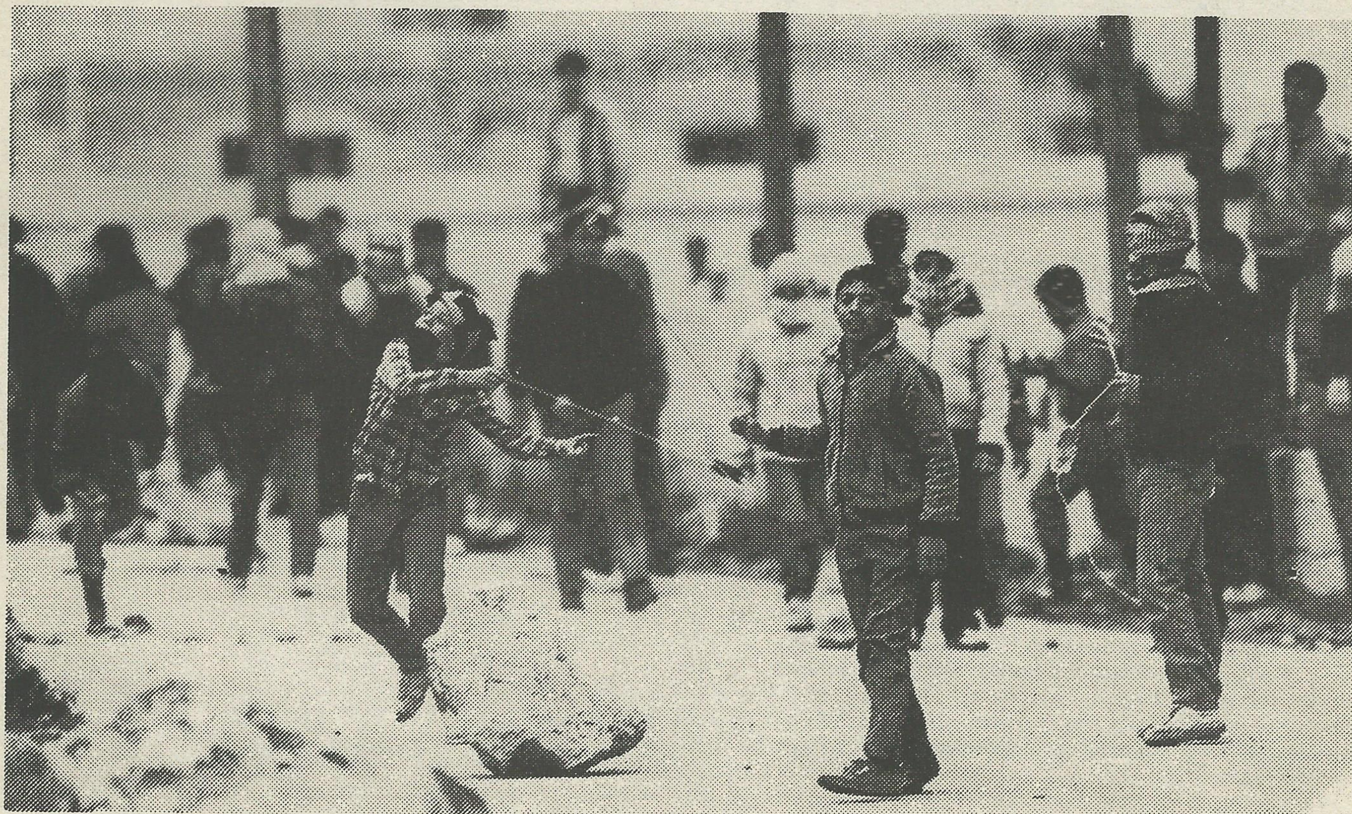
Die Bourgeoisie der arabischen urbanen Zentren auf der anderen Seite hat verschiedene Phasen durchgemacht. Zwar drängte auch sie nicht besonders auf soziale Änderungen, auf eine Säkularisierung der Gesellschaft. Immerhin gab es schon in den 20er Jahren in Ägypten eine Partei mit einer typischen liberal-demokratischen Ideologie (Wafd). Weitreichende Änderungen waren dann Folge einer Verbindung bürgerlicher Kreise mit dem Militär. Nach militärischen Umstürzen wurde über Verstaatlichungen ein System mit einer unabhängigen ökonomischen Infrastruktur zu errichten versucht.

Einige wichtige Errungenschaften gehen auf das Konto dieser Verbindung, im großen und ganzen scheiterte aber auch dieser Weg, nicht zuletzt aufgrund der globalen Teilung der Arbeit und des Reichtums, also des typischen Nord-Süd-Verhältnisses. Es entwickelte sich eben keine Ökonomie, die auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig war. Das Bürgertum mußte zugunsten einer militärischen Junta auf die politische Macht verzichten. So verkamen diese Systeme stets zu Diktaturen mit fast unbeschränkten Kompetenzen.

Die Linke andererseits war nicht willens oder in der Lage, den Charakter dieser Regimes zu begreifen. Die Kommunisten z. B. unterstützten Verstaatlichungsprogramme, in denen sie Schritte in Richtung Sozialismus sehen wollten oder sahen. Nun, sobald sie doch einmal Kritik übten, wurden sie sehr schnell und sehr brutal eines Besseren belehrt.

Die Gründe des Scheiterns dieser Regimes zusammengefaßt: Sie blieben vom Westen abhängig; bürokratische Hindernisse bremsten zusätzlich die Entwicklung der Produktivkräfte; sie investierten viel zu wenig in den Aufbau einer reproduktiven Basis und vertieften so die Abhängigkeit von Importen, auf dem Produktionsmittel-, aber auch auf dem Konsumtionsmittelsektor. Einen Ausbruch aus diesem Teufelskreis sollte ausgerechnet eine noch direktere Bindung an die imperialistischen Staaten und ihre Vertreter in der Region bieten. Das ist es, was in Ägypten schon passierte und jetzt offenbar auch in Syrien ansteht.

In Ländern wie Algerien oder Tunesien wurde diese Entwicklung angesichts der starken fundamentalistischen Bewegungen verlangsamt. Aber auch in Ländern, in denen ein politischer Islam an die Macht ge-



langte, wurde keine Lösung gefunden, die den Ausgangsintentionen entsprochen hätte. Ich spreche nicht vom Iran, sondern vor allem vom Sudan und Pakistan. Deren Situation verschlechterte sich mit der wachsenden Abhängigkeit von den Saudis eher noch.

Im Irak verlief die Entwicklung anders. Anfang der 70er Jahre, als sich in Ägypten und Syrien die Krise vertiefte, stieß man im Irak auf neue Ölvorkommen in großen Mengen. Hier wurde das Öl nicht bei beduinischen Stämmen gefunden, sondern im Machtbereich einen modernen diktatorischen Regimes, in einem Land mit einer alten ununterbrochenen urbanen Tradition und einer starken Armee.

Hier wurde nicht nur von „Entwicklung" geredet — dem arabischen odewort der letzten Jahrzehnte —, sondern auch etwas getan. Das Regime investierte eben nicht allein in den Ausbau seiner Armee, sondern auch in die Modernisierung der Infrastruktur, in die Entwicklung einer selbständigen Industrie, einer leistungsfähigen Landwirtschaft. Nicht zuletzt steckte Bagdad sehr viel Geld in den Ausbildungssektor. Studenten werden mit Stipendien ins Ausland geschickt, und die meisten von ihnen kehren nach dem Studium auch wieder zurück — im Unterschied zu ägyptischen Intellektuellen, die von ihrem heimischen Regime regelrecht vertrieben werden.

Klar ist das irakische Regime totalitär, diktatorisch usw. Gleichzeitig ist es aber auch das pragmatischste Regime im arabischen Raum. Es verkörpert eigentlich die beste Wiedergabe des Begriffs „Bürgertum" im arabischen Kontext. Saddam will nichts anderes als eine neue Form der Beziehung mit den ökonomischen Zentren aushandeln. Er will keineswegs die Geschäftsbeziehungen mit ihnen abbrechen, sondern weiter Öl an den Westen verkaufen. Allerdings muß schon der Versuch, das Verhältnis zu den Metropolen des Weltmarktes neu zu bestimmen, zum Konflikt führen.

Auch wenn es also nicht seine Absicht war, mußte Saddam Hussein bei seiner Politik mit dem US-Imperialismus und den ölregimes aneinandergeraten. Und sie zögerten denn auch nicht mit ihrer Kriegserklärung. An sich war die Kuwait-Invasion nichts anderes als der irakische Versuch, eine unerklärte Blockade zu durchbrechen.

Die Invasion der Westmächte hat nunmehr jedoch den ganzen Begründungszusammenhang der irakischen Politik fast irrelevant gemacht.

Ja, erst als Reaktion auf die Invasion des Westens kam es richtig zur Solidarisierung mit Saddam, erst zu dem Zeitpunkt begannen die proirakischen Demonstrationen. Und je länger das Ganze dauert, desto populärer wird Saddam in der arabischen Welt. Es herrscht nicht die gleiche Begeisterung und Mobilisierung wie zu Zeiten des Nasserismus, aber die Konfrontation zwingt in jedem Fall dazu, das irakische Regime anders zu betrachten.

Saddam hat nie das panarabische und antiimperialistische Pathos eines Nassers, geschweige denn, daß er wie jener versucht, eine universale antiimperialistische Politik zu verfolgen. Immerhin verschaffte sich der Iraker aber Respekt, er wird ernst genommen. Es gibt keine Witze über Saddam Hussein, im Unterschied zum ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, den allzu viele richtig widerlich finden. Mit Saddam Hussein gibt es einen arabischen Führer, der es wagt, Israel und die USA herauszufordern.

Die Dynamik des Kampfes zwingt den Pragmatiker Saddam jetzt zu antiimperialistischen Parolen und zur Einforderung sozialer Gerechtigkeit. Sie zwingt ihn dazu, die Korruption in den Golfstaaten anzuklagen. Früher hätte er das nicht gemacht, im Gegenteil, unter seiner Herrschaft wurde sogar öffentliche Kritik an den Ölregimes unterdrückt.

Nun hat er noch keinerlei Maßnahmen ergriffen, die eine Demokratisierung des Iraks ankündigten. Trotzdem genießt er so viel Unterstützung, daß er es sich leisten kann, Waffen an das Volk zu verteilen, ein Schritt, für den es in der arabischen Welt nur wenige Präzedenzien gibt. Und er kann glaubhaft gegenüber den arabischen Massen erklären, daß ein Bruch der Blockade des Irak „nicht nur in meinem, sondern auch in Eurem Interesse" liegt. Er verlangt also nicht nur Solidarität, sondern einen gemeinsamen Kampf.

Noch vor kurzem mußte sogar die links-nationalistische palästinensische Organisation PFLP (Volksfront) religiöse Parolen übernehmen. Mit Saddam Hussein scheint jetzt der Panarabismus wieder Oberwasser zu haben, und der Fundamentalismus scheint gebremst zu sein.

Das ist schon sehr überraschend. Nach der Niederlage des Panarabismus im Jahr 1967 (Israels sog. Sechs-Tage-Krieg) war die Ansicht allgemein verbreitet, diese Idee sei tot. Der wachsende Einfluß Saudi-Arabiens und später dann der aufkommende Fundamentalismus schienen das noch zu bestätigen.

In der jetzigen Situation wurde nun aber deutlich, daß nicht nur die panarabische, sondern auch die panislamische Bewegung elitistisch und intellektuell sind. Bei den Massen gibt es dagegen die Trennung zwischen den beiden Richtungen, diese Dichotomie, nicht. Man ist beides zugleich.

Die islamischen politischen Bewegungen konnten Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre großen Einfluß gewinnen. Mittlerweile zeigt sich aber in den arabischen Staaten eine antiimperialistische Stimmung, die nationalistisch eingefärbt ist, und die islamischen Bewegungen müssen ihrerseits Kompromisse mit dem Nationalismus eingehen, wollen sie ihre Massenbasis nicht verlieren.

Wie steht es mit der arabischen Linken

Sie präsentiert sich derzeit sehr schwach und zersplittert, ja genaugenommen ist sie in der aktuellen Situation gar nicht vorhanden. Das ist kein Zufall, denn die Linke im arabischen Raum ist absolut unterentwickelt. Das hängt nicht zuletzt mit ihrer stalinistischen Erblast zusammen, die jede Selbstreflektion verhindert hat. Darunter leiden nicht nur die kommunistischen Parteien, sondern auch andere linke Organisationen.

Nun, jetzt gibt es neue Hoffnung.

Wieso jetzt?

Weil es eine Aufbruchstimmung in der arabischen Welt gibt, weil endlich die richtigen Fragen gestellt werden. Die arabische Nation beschäftigt sich nicht mehr mit Nebensächlichkeiten wie den Schleiern der Schülerinnen in Paris oder der Anerkennung Israels.

Plötzlich geht es um wirklich schicksalhafte Probleme: um die arabischen sozialen Strukturen, die Verteilung des Reichtums und das Verhältnis zu den kapitalistischen Ländern. Es geht um die Zersplitterung der arabischen Nation, es geht darum, zu klären, was „Entwicklung" im arabischen Kontext überhaupt heißt. Das sind die wesentlichen Fragen, die seit dem Ende der revolutionären Phase Nassers, seit etwa 1965, niemand mehr ernsthaft zu beantworten versucht hat.

Jetzt müssen die Linken Antworten liefern, jetzt sollte ein Programm entwickelt werden, die Zeit ist reif. Es gibt in der arabischen Welt heute die Aufnahmebereitschaft für revolutionäre Projekte. Dabei ist die Aufgabe aus der arabischen Situation heraus zu lösen, wir dürfen es nicht noch einmal mit Westimporten versuchen.

Es geht darum, eine Bewegung zu initiieren, deren Ziele soziale Gerechtigkeit und Säkularisierung sind; Säkularisierung im Sinne einer Trennung des Islam von der Politik, aber nicht vom gesellschaftlichen Leben. Es ist unmöglich, heute die Religion total zu neutralisieren. Die arabische Kultur wird weitgehend vom Islam gefärbt. Ich selber bin Atheist (christlicher Abstammung), aber in meiner Kultur bin ich den islamischen Arabern viel näher als den christlichen Europäern.

Was ich hier vorschlage, heißt nicht, eine sozialistische Orthodoxie durch eine islamische zu ersetzen, sondern Perspektiven für eine echte Befreiung zu entwickeln, die den aktuellen arabischen Kontext berücksichtigen. Das Ziel allerdings ist universell, genau wie die Gerechtigkeit universell und nicht islamisch ist.

Was tun?

Die Linken können nicht warten, bis das Programm entworfen ist. Sie müssen jetzt bei den Massen sein. Dazu müssen sie mit den Massen eine gemeinsame Sprache finden. Bis jetzt ist es ihnen nicht gelungen, sie gerieten entweder schnell ins Völkische und darüber zu autoritären totalitären Positionen. Oder sie versuchten eine aufgeklärte Sprache zu sprechen, fanden jedoch kein Verständnis und gerieten in die Isolation.

Freilich ist auch das Kommunikationsproblem situationsbedingt. So konntest du bis vor kurzem vom Imperialismus reden, und niemand wollte dich hören oder verstehen. Jetzt plötzlich verstehen dich aber alle.

Die Linken müssen jetzt den Kampf gegen die US-amerikanische Invasion unterstützen. Sie müssen schauen, wo die Kräfte sind, die den antiimperialistischen Kampf führen können. Saddam Hussein und die bürgerlichen Kreise um ihn herum suchen, wie gesagt, nichts anderes als einen Kompromiß mit dem US-Imperialismus. Die Linken müssen eine andere Zukunft als die Saddams anbieten können.

Prozesse

Prozeßtermine

Revisionsprozeß gegen Norbert Hofmeier, Bärbel Perau und Thomas Thoene: 18.3., OLG Düsseldorf

Prozeß gegen das Angehörigen-Info: Die Berufungsverhandlung gegen den Freispruch im § 90a-Prozeß gegen Christiane Schneider für den GNN-Verlag und Heidi Hinrichsen für die Angehörigen wegen der im Info Nr. 30 veröffentlichten Angehörigen-Erklärung vom 16. 12. 89 ist verlegt worden auf den 21. 3., 9 Uhr, Landgericht Köln, Luxemburger Str. 101, Zimmer 5 (Erdgeschoß).
Kurdenprozeß: Die weiteren Termine im Kurdenprozeß vor dem OLG Düsseldorf, Tannenstraße, finden jeweils um 9.30 Uhr statt am Di, 19. 3.; Mi, 20. 3.; Di, 25. 3.; Mi, 26. 3.
Prozeß gegen Gerry Hanratty und Gerry McGeough: Ebenfalls vor dem Düsseldorfer OLG geht der Prozeß gegen die beiden irischen Genossen weiter: jeweils um 9.15 Uhr am 15. 3.; 21. 3.; 22. 3.
Berufungsverhandlung gegen Angehörige und FreundInnen wegen Hausfriedensbruch: Mo, 25. 3., 9.00 Uhr, Saal Nr. 9, Stuttgart, Ulrich-Str. 10
Prozeß gegen Hafez Kassem Dalkamoni und Abdel Fatah Ghadanfar: Donnerstag, 21. 3., 28. 3., 4. 4., jeweils 9.15 Uhr im OLG Frankfurt, Saal 146a, Heiligkreuzgasse

Brief von Bärbel Perau zum Revisionsprozeß

1989 wurden Bärbel Perau, Norbert Hofmeier und Thomas Thoene wegen eines Anschlags auf eine Bundesgrenzschutzkaserne als angebliche Täter/in und RAF-Mitglieder verurteilt.
Die drei waren bis zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung 1986 im antiimperialistischen Widerstand in Duisburg aktiv.
Ihre politischen Prozeßerklärungen kriminalisierte eine Staatsschutzkammer unter dem Vorsitz von Strafrichter Arend zusätzlich. Mit ihren Erklärungen sollen sie selbst im Knast als RAF-Mitglieder gehandelt werden. Arend kam dadurch zu höheren Strafen von einmal zehn Jahren und zweimal neun Jahren.
Nach viereinhalb Jahren Knast steht für die drei jetzt der Revisionsprozeß an. Um was es dabei geht, dazu schreibt Bärbel in einem Brief folgendes:
l

...

In der Revisionsbegründung geht es um unsere Prozeßerklärungen. Arend (ehem. Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf) hat die Prozeßerklärungen als eigenen Tatbestandteil genommen, als „mitgliedschaftliche Betätigung" (Unterstützung und Werbung für die RAF) nach 129a verurteilt.
Begründet hat er das mit einzelnen Passagen aus unseren Erklärungen und damit, daß wir sie an Euch (die Prozeßbesucherinnen) gerichtet haben.
Wir hätten Euch eh nur aufwiegeln wollen, was ja die Tumulte im Gerichtssaal und das sonstige Verhalten der Zuhörer in der Hauptverhandlung gezeigt hätten.

Diesen Teil des Urteils hat der BGH (Bundesgerichtshof) aufgehoben.
Sie berufen sich auf ein Grundsatzurteil von 1982, wo sie was zur Verteidigung gesagt haben. Zur Verteidigung gehören demnach auch Erklärungen, mit denen du die „Legitimität des staatlichen Strafanspruches" bestreitest oder in Frage stellst. Solche Erklärungen zeigen zwar einen Mangel an Einsicht und gehen natürlich zu Lasten bei der Strafbemessung — sie dürfen aber nicht als „strafbegründetes tatbestandsrelevantes Verhalten" gewertet werden — so sagen sie das.

Gut, dann sagen sie, unsere Erklärungen hätten „verteidigungsrelevanten Inhalt", und daß wir Euch nur aufhetzen wollten, wäre nicht eindeutig festgestellt. Eindeutig wäre es z. B. gewesen, wenn wir denen (dem Senat) den Rücken zugedreht hätten.

Und das alles wollen sie jetzt mal grundsätzlich klären:

Unser Verhalten — Euer Verhalten — Inhalt von Prozeßerklärungen.

Weißt Du, Arend und Berroth (1) und solche Gestalten, die haben nen richtigen Haß. Und da ist Arend jetzt in diesem Punkt übers Ziel rausgeschossen. Hat er nicht mehr die Politik im Auge gehabt. Das Revisionsurteil haben sie im November 1989 gemacht. Kurz nach dem Streik (Hungerstreik der Gefangenen aus RAF, Widerstand und anderen. Feb.-Mai 89), wo es eine sensibilisierte Öffentlichkeit gab, kurz nachdem Ockelmann (2) aufgeflogen ist — aufgeflogen, wie die BAW (Bundesanwaltschaft) Gutachten macht. Rolf (Hartung) mußten sie rauslassen, ihm die Untersuchungshaft entschädigen. Ingrid (Strobl) ist im Sommer 89 zu fünf Jahren verknackt worden, was nen Wirbel gemacht hat.
Und so was „skandal-trächtiges", Verurteilung wegen Prozeßerklärungen, da verhandeln sie dann lieber neu.

Gleichzeitig ziehen sie durch:
Zur selben Zeit hat der BGH entschieden, Luiti (Hornstein) nochmal nen Prozeß zu machen (3), sie nicht rauszulassen, ist die Revision bei Andrea (Sievering) und Rico (Prauss) abgelehnt worden (trotz Ockelmann), ein paar Monate später mußten sie Ingrid (Strobl) zwar rauslassen, gleichzeitig haben sie aber festgeschrieben, daß eine „geistige Nähe" reicht, um dich nach 129a zu verurteilen.

Gut, dann ist da die BAW, die hinter allem her ist, die alles durchdrükken will — jede Verschärfung. Sie wollen immer solche Grundsatzurteile, die sie dann in allen folgenden Prozessen nehmen, sich drauf berufen.
Deswegen muß man sie ernst nehmen. Genau nehmen. Aufpassen.

Weil es eben für uns alle wichtig ist, was sie an neuen Gesetzen, Paragraphen und Urteilen machen.

Ich denk so:
Die BAW ist scharf drauf, Prozesse zu militarisieren — weiter, als es eh schon ist. Die Hochsicherheitsbunker, die Kontrollen, jeder Zuhörer in der Kartei, von Öffentlichkeit kannst du ja nicht reden.
Weil damit Schluß sein soll: An Prozessen gegen uns soll nichts offen werden, soll es keine Politisierung geben.
Es soll sich keine Nähe/Verbundenheit zwischen uns, zwischen drinnen und draußen entwickeln können.
Stocksteif, ohne Protest, ohne Anteilnahme sollst du ihrer gewollten „Exekution" zuschauen.
So soll Euer Verhalten sein.

Unser Verhalten?
Am besten wieder die Grünen (Gerichts- und Knastbeamte) zwischen uns — weil wir ja eh nur zusammen reden, an Erklärungen überlegen, die dann zusammen vortragen, um aufzuwiegeln (so sinngemäß sagt es Arend im Urteil), und: **Jedes politische Wort soll raus aus den Prozessen!!**

Aus dem BGH-Revisionsbeschluß:
„Anders (als strafrechtlich zu verurteilen) kann ein Verhalten zu bewerten sein, das ohne jeden Bezug zur Verteidigung steht und unzweideutig ausschließlich dem Fortbestand, der Unterstützung der oder der Werbung für die Vereinigung dienen soll."

Verstehst Du? Darum geht es. Möglich, daß sie bei uns sagen: O. K., in deren Erklärung ist ein Bezug zur Verteidigung (weil wir konkret was gesagt haben). Aber was heißt das?

Genau das will die BAW durchsetzen: Es muß einen „sachlichen Bezug" zum „Verfahrensgegenstand" geben, und den wollen **sie** bestimmen. Da wollen sie jetzt klare Richtlinien schaffen.

Im nächsten Prozeß wollen sie — wenn ihnen nicht paßt, was eine/r zu sagen hat — aufstehen, ihr/ihm das Wort verbieten, vom Prozeß ausschließen, mit Jahren mehr verknacken, wegen Mitgliedschaft im Knast — RAF im Knast.

Das ist ein wichtiger Punkt. Es schwebt ständig über allen Prozessen, daß sie „RAF im Knast" juristisch durchsetzen wollen — jetzt über Prozeßerklärungen, über „unser Verhalten".
Ich brauch Dir ja nicht zu sagen, was das alles ist und heißt: daß sie jeden Brief, jeden Besuch und vor allem unseren Kampf für die Zusammenlegung mit einem neuen 129a belegen können.

Im Kern ist es das — wenn du's dir mal für jetzt und heute überlegst: Jede eigene Entwicklung und somit unsere gemeinsame soll erstickt werden.
Mir ist das an den Prozessen jetzt nochmal richtig bewußt geworden.

An den Diskussionen zum Prozeß gegen Luiti, an den Fragen zum Umgehen mit den Konstrukten (den wild zusammengezimmerten Anklagen) usw., also einfach rauszukriegen, was jetzt eigentlich der Punkt ist, was sie durchsetzen wollen, und dann Vorstellungen zu entwickeln, wie wir

uns real dagegen durchsetzen. Was **uns** da wichtig ist — wirklich gezielt und gut nen Prozeß zu bestimmen — das ist genau ein Teil, wofür wir alle zusammensein müssen, wir die Zusammenlegung brauchen und die Kommunikation — um es mit Euch zusammen rauszukriegen und zu bestimmen — fürs zusammen Kämpfen.

Dann kommen sie mit „RAF im Knast".

Da geht es ihnen nicht drum, was draußen war (also ich/wir bis 86), sondern was **jetzt** ist, und **so** ist es wichtig zu vermitteln.

Weil's in die konkrete Situation zielt, gegen das, wofür wir **jetzt** kämpfen:

Zusammenlegung — politische Diskussion — Freiheit.

Anmerkungen:

(1) Berroth ist Vorsitzender Richter beim Oberlandesgericht Stammheim. Er hat eine lange Staatsschutzjustizgeschichte. Zuletzt hat er im Januar 91 Luitgard Hornstein zu neun Jahren Haft verurteilt.

(2) Der Fälscher Ockelmann ist ein sog. Schriftgutachter. Seine im Sinne der BAW gefertigten sog. Gutachten waren ausschlaggebend für die Haftbefehle sowie die spätere Verurteilung zu neun Jahren Knast gegen Rico Prauss und Andrea Sievering und für die Verurteilung von Chris Kluth zu zehn Jahren Knast. Er war schon länger dafür bekannt, daß er mit windigen Methoden aus dürftigstem Material immer 100%ige Beweise zauberte. Seine Standeskollegen vom Graphologenverband bis hin zum BKA distanzierten sich von ihm, nachdem Ockelmann mehr und mehr zur Skandalfigur avancierte. Mittlerweile haben sowohl die BAW, der Stammheimer Senat also auch der BGH diesen Fälscher fallengelassen. Als Ergebnis wurde Rolf Hartung, der in gleicher Sache verurteilt werden sollte, nach neun Monaten Isolationshaft entlassen und bekam Haftentschädigung zugesprochen.

(3) 1988 wurde Luitgard Hornstein in Stammheim zu vier Jahren Haft wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF verurteilt. Im selben Prozeß wurde Chris Kluth darüber hinaus wegen angeblicher Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag gegen die Rüstungsfirma Dornier zu zehn Jahren verurteilt. Später wurden Rico Prauss und Andrea Sievering dazugeholt und beide zu je neun Jahren verurteilt. Die Anklageerweiterung wurde jetzt im zweiten Prozeß gegen Luiti, der durch eine Revision der BAW zustande kam, nachgeholt, kurz bevor sie Luiti nach den vier Jahren hätten rauslassen müssen.

Der Revisionsprozeß gegen Bärbel, Norbert und Thomas beginnt vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf in der Tannenstraße am

Montag, 18. März 1991, 9.15 Uhr.

Die weiteren Termine sind:
Freitag, 22. März, 9.15 Uhr; Dienstag, 26. März, 17 Uhr; Montag, 8. April, 16 Uhr; Freitag, 12. April, 9.15 Uhr; Montag, 22. April, 9.15 Uhr.

Die Gefangenen freuen sich, wenn viele zum Prozeß kommen!

Prozeß gegen Seitenverantwortliche der „Briefe aus dem Knast" in der taz

Nach dem Angehörigen-Info soll nun auch die vierzehntägig erscheinende Seite „Briefe aus dem Knast" in der taz kriminalisiert werden, weil sie Redebeiträge zur Freilassung haftunfähiger Gefangener unzensiert wiedergegeben hat.

In der taz vom 25.10.89 waren zwei Redebeiträge abgedruckt, die anläßlich einer Kundgebung in Stuttgart zur Haftunfähigkeit von Günter Sonnenberg und Ali Jansen gehalten worden waren. Folgende Äußerungen will die Staatsanwaltschaft (auf Weisung der Bundesanwaltschaft) als „Beschimpfung und böswillige Verächtlichmachung der BRD und ihrer verfassungsmäßigen Ordnung" hinstellen:

„Von einem Staat, in dem die Ermordung politischer Gefangener nicht nur historisches Ereignis ist, in dem nicht nur gefoltert wird, sondern von dem die Erfahrungen der Isolationspraxis auch in andere Staaten exportiert werden, und in dem die Auslieferung geflüchteter und asylsuchender Menschen an andere Folterregime zur alltäglichen Praxis gehört, von diesem Staat die bedingungslose Freilassung der haftunfähigen Gefangenen zu verlangen und dies auch noch durchsetzen zu wollen, das erscheint auf den ersten Blick sicher illusionär und vermessen."

Weiter heißt es in einem historischen Rückblick auf die Situation während des Prozesses von Stammheim 1977: „In dem Moment, als durch die zentralen Anträge dieses Prozesses das ganz klar auf den Punkt kommen sollte, ist Ulrike ermordet worden, und der Verantwortliche für diesen Mord war der Generalbundesanwalt Buback. Buback war nicht nur eine Charaktermaske, nicht bloß eine austauschbare Figur des Systems, sondern er war ganz klar einer der Hauptakteure, ein Täter. Und er war in der Position, in der er war, auch nicht so ohne weiteres zu ersetzen. Er war verantwortlich für den Mord an Ulrike, wie er verantwortlich war für den Mord an Holger und den Mord an Siegfried Hausner."

„Es ist im Ausland eine starke Bewegung gegen die BRD entstanden. Was sich durchgesetzt hat, war das Bewußtsein der BRD als Nachfolgestaat der alten Faschisten, des alten Faschismus der Nazis."

Der Prozeß findet am Dienstag, den 19.3., um 9 Uhr in Berlin-Moabit, Turmstraße 91, Raum I/370 statt.

Ankündigungen

Veranstaltungen, Demonstrationen

Bonn. 23.3., 11-13 Uhr, Münsterplatz, Informationskundgebung zum Hungerstreik der Gefangenen aus Action Directe. Kontakt und Information: Bonner Gruppen für die Zusammenlegung, c/o Infoladen, Wolfstr. 10/Hinterhaus, 5300 Bonn 1.

Anzeigen

„Aus der Todeszelle — hier spricht Mumia Abu-Jamal" Wichtiger Hinweis zum Bezug dieses Videos: Aus urheberrechtlichen Gründen kann der Film nicht verkauft werden, d.h. die in der Anzeige im Angehörigen-Info Nr. 59 angeführten 40 DM sind Ausleihgebühr und nicht Verkaufspreis. Der Betrag wird dem Spendenkonto gutgeschrieben. Da z.Zt. eine große Nachfrage besteht, bestellt das Video frühzeitig und teilt uns den Veranstaltungstermin mit!

Agipa-Press, Eichenberger Str. 53, 2800 Bremen 1, Tel.: (0421) 354029 oder: MPZ, Thadenstr. 130a, 2000 Hamburg 50, Tel.: (040) 4397259.

„Videos aus den USA: Politische Gefangene/Kriegsgefangene (POW) und Widerstand" Die aktuelle Video-/Filmverleihliste ist zu erhalten bei: gruppe 2, Öttlmairstr. 8, 8000 München 83, Tel.: (089) 6805122 und 6519359.

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen der politischen Gefangenen in der BRD, Postlagerkarte 050205, 7500 Karlsruhe. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., Zülpicher Str. 7, Postfach 260226, 5000 Köln 1. V.i.S.d.P.: Anita Friedetzky. — **Redaktionsanschrift:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278. **Bestellungen:** GNN-Verlag, Postfach 260226, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1, Tel. (0221) 211658. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30% Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf eines der folgenden Verlagskonten: BfG Köln, BLZ 37010111, Kto.Nr. 1144393600 oder Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto.Nr. 10419-507. — Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.
Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.